

Keine andere Partei verteidigt das Bankgeheimnis derart rigoros wie die SVP. Und nun droht ausgerechnet Ihnen ein Strafprozess wegen Verletzung des Bankgeheimnisses.

Christoph Blocher: Kein Widerspruch. Das Bankkündengeheimnis ist ein wichtiger Schutz der Privatsphäre des Bürgers. Das soll so bleiben. Weil mich ein Bankmitarbeiter orientierte, dass der Nationalbankpräsident Hildebrand mit Währungen spekuliere, orientierte ich den Bundesrat, damit er dies abklären könne. Die Staatsanwaltschaft hat nun, unter politischem Druck auch ein Strafverfahren gegen mich eröffnet, mit dem Vorwurf, ich sei damit Gehilfe von jemandem, der das Bankkündengeheimnis verletzt habe.

Die nationalrätlichen Immunitätskommission fällte einen klaren Entscheid.

Ein eigenartiger Entscheid: Zwei Bürger haben mich am 3.12.2011 - also zwei Tage vor Sessionsbeginn - orientiert. Auf die Frage, warum sie gerade zu mir kämen, antworteten sie, weil ich Nationalrat sei, sie würden bei mir Rat suchen und sie glaubten, dass ich als Nationalrat etwas gegen die ungeheuren Missstände bei der SNB unternehmen könne.

Gemäss Kommission waren Sie aber nach der Wahl im Oktober 2011 am 3. Dezember noch nicht Nationalrat, sondern erst ab der Vereidigung vom 5. Dezember.

Ich war rechtsgültig gewählter Nationalrat. Darum habe ich als Ratsmitglied z. Bsp. schon vor dem 5. Dezember 2012 Entschädigungen erhalten für die Teilnahme an Fraktionssitzungen. Eine Katastrophe ist dieser Entscheid für mich persönlich nicht, denn auch ich habe lieber einen Freispruch. Aber die Arbeit der Parlamentarier wird durch die Nichtgewährung der Immunität geschwächt.

Gehen Sie falls nötig bis vors Bundesgericht?

Das habe ich noch nicht überlegt. Aber das Ganze ist von grundlegender Bedeutung: Zwei Bürger orientieren ein Ratsmitglied über eine schwerwiegende Angelegenheit. Das rechtsgültig gewählte Ratsmitglied handelt in seiner amtlichen Verpflichtung. Der fehlbare Philipp Hildebrand wird zum Rücktritt gezwungen und erhält noch 1 Mio. CHF als Abgangsentschädigung. Die Folge für die Überbringer der schlechten Nachricht sind Staatsanwälte, Hausdurchsuchungen, Strafklagen.

Es liegt auch ein Rechtsgutachten vor, das keinen Zweifel offen lässt und auf das sich die Kommission abstützt. Demnach beginnt die parlamentarische Immunität erst mit der Vereidigung.

Es soll sich um ein Gutachten der Parlamentsdienste handeln. Ich kenne es nicht. Ich werde es verlangen und abklären. Zu prüfen wäre sowohl die Qualität als auch die Neutralität.

Weiter wird Ihnen vorgeworfen, am 27. Dezember daran beteiligt gewesen zu sein, Bankdaten von Philipp Hildebrand an die Weltwoche weiterzuleiten. In diesem Fall hat die Kommission beschlossen, die Immunität nicht aufzuheben. Dieser Entscheid fiel mit fünf zu vier Stimmen aber knapp aus. Vielleicht wird er in der Schwesterkommission noch kippen.

Alles ist möglich. Für den Vorwurf, ich hätte Hermann Lei, der die Weltwoche orientierte, dazu verleitet, wurde Immunität beschlossen. Ich habe es aber auch nicht getan. Ich kann nur sagen: Alles was ich in Sachen Nationalbankverantwortliche unternommen habe, geschah in unmittelbarem Zusammenhang mit meiner Aufgabe als Nationalrat. Hätte ich nichts getan, müsste ich mir eine schwerwiegende Verletzung meiner Pflichten vorwerfen.

Die Wahrscheinlichkeit eines Strafprozesses gegen Sie ist hoch. Schauen sie dem gelassen entgegen?

Ja, ja. Ein solcher Prozess hat auch Vorteile. Er ist zwar mühsam und teuer, aber er ist öffentlich. Es kommt also alles auf den Tisch. Und: Das Urteil fällen dann ja nicht Staatsanwälte, sondern Richter. Und ich weiss ja, was ich getan habe.

Was haben Sie denn am 3. Dezember genau getan?

Der Thurgauer SVP-Kantonsrat Hermann Lei hat mich in der letzten Novemberwoche angerufen, er müsse mich über eine schwerwiegende Sache informieren. Es gäbe klare Anzeichen dafür, dass es bei der Schweizerischen Nationalbank nicht rund laufe. Hildebrand sei ein Spekulant. Ich habe diese Ungeheuerlichkeit zunächst nicht glauben können. Schliesslich habe ich ihn am 3. Dezember getroffen und Lei war - für mich überraschend - von seinem, mir völlig unbekanntem Schulfreund und Bankangestellten, namens Reto T begleitet. Dieser erzählte von sich aus über Währungsgeschäfte von Philipp Hildebrand, die er belegen könne. Da der Verdacht hoch war, informierte ich zwei Tage später Frau Bundespräsidentin Calmy-Rey z.Hd. des Bundesrates.

Haben Sie dem Informanten der Bank Sarasin nicht eine Stelle oder die Übernahme allfälliger Prozesskosten angeboten?

Nein, auch wenn Medien das Gegenteil verbreiten.

Für Insider-Geschäfte mit Devisen gibt es in der Schweiz keine Strafnorm.

Dass ein Mann an der Spitze der Nationalbank private Währungsgeschäfte macht, ist völlig unhaltbar. Denn die Nationalbankverantwortlichen beeinflussen den Wert der Währungen. Darum musste Hildebrand zurücktreten. Es ist für ein Land ruinös, wenn diese Leute in Versuchung kommen, bei solchen Entscheiden eigene, private Interessen wahren zu müssen.

Doch Ihr Ziel haben Sie erreicht: Philipp Hildebrand steht nicht mehr an der Spitze der Nationalbank.

Derjenige der sich in solche Interessenskonflikte begibt, muss abtreten. Aber – und noch wichtiger ist, dass es künftig den Angestellten der Nationalbank verboten ist, Währungsgeschäfte zu privaten Zwecken zu machen. Damit ist die Führung der Nationalbank wieder glaubwürdig.

Apropos Ausländerkriminalität: Zur Ausschaffungsinitiative der SVP liegen bereits zwei Varianten vor – ein völkerrechtskonformer Gegenvorschlag des Bundesrats und die Vorlage der Initianten. Nun lässt der Bundesrat eine dritte Variante ausarbeiten. Was halten Sie davon?

Leider läuft es wie befürchtet: Bundesrat und Verwaltung wollen, dass der von Volk und allen Kantonen abgelehnte Gegenvorschlag umgesetzt wird. D.h. über 80% all dieser ausländischen Kriminellen müssen – entgegen dem von Volk und Ständen genehmigten Verfassungsartikel - das Land nicht verlassen!

Die SVP überlegt sich also nicht, ob sie mit einer Durchsetzungsinitiative kommen soll, sondern nur wann?

Die Durchsetzungsinitiative soll bewirken, dass die kriminellen Ausländer ausgeschafft werden, damit die Kriminalität zurückgeht. Das war der Entscheid des Souveräns. Wenn das Parlament die Bundesverfassung mit der Gesetzgebung vollzieht, dann brauchen wir sie nicht, sonst sehr wohl.

Einige Stimmen in Ihrer Partei halten das für Zwängerei. Denn die Partei könne ihre Interessen auch in der parlamentarischen Beratung durchsetzen.

Der Entscheid an der SVP-Delegiertenversammlung war einstimmig. Ich kenne übrigens nur einen, der das sagt.

Wer?

Nationalrat Rudolf Joder. Ich freue mich, wenn er das durchsetzt. Ich bin skeptisch. Die Durchsetzungsinitiative könnte ihm aber helfen.

Den Vorwurf der Zwängerei verstehen Sie also nicht? Es ist doch ein völlig normaler Prozess, dass Umsetzung einer Initiative parlamentarisch ausgehandelt wird.

Ich wehre mich nicht dagegen. Aber das Ziel muss die Umsetzung der Bundesverfassung sein! Eine Zwängerei ist, wenn die Nichtumsetzung einer Verfassungsbestimmung angestrebt wird.

Machen Sie auch Fehler?

Ja, natürlich. Nur wer nichts macht, macht nichts Dummes. Und sie wissen, oft tue ich etwas.

Welche Fehler haben Sie in letzter Zeit begangen?

Die eigenen Fehler bereinigt man mit sich selbst oder an entscheidender Stelle. Aber nicht mit Journalisten und nicht auf dem Marktplatz. An journalistischer Kritik fehlt es mir ja nicht.

Dann probieren wir es mal: Die SVP verfehlte ihr ehrgeiziges Ziel bei den eidgenössischen Wahlen im Herbst 2011 nicht nur, sondern verlor gar Wähleranteile. Als Strategiechef trugen Sie die Verantwortung. Was lief falsch?

Was zu sagen ist, ist gesagt: Das Ziel von 30 Prozent anzustreben und bekannt zu geben, war nicht richtig. Die Partei liess sich leider auch von Meinungsumfragen beeinflussen, die dieses Ziel möglich erscheinen liessen. Wir hoffen in Zukunft wieder auf schlechte Umfragewerte! Und: Nach all den erfolgreichen SVP-Siegen vergangener Jahre ist auch die SVP etwas schlapp geworden. So konnte die SVP leider das einmalige Spitzenergebnis von 2007 nicht mehr halten. Sie erreichte als stärkste Partei nur das dritt-beste Ergebnis ihrer Geschichte.

In den diesjährigen Wahlen von St. Gallen, Schwyz und Thurgau hat die SVP stets verloren.

Nicht stets, aber diesmal. - Nach der Abwahl aus dem Bundesrat genoss die Partei 2007 viel Sympathie. Die Kantonalparteien erreichten damals einmalige Spitzenresultate. Das hat sich leider wieder korrigiert.

Hat die SVP ihre maximale Grösse erreicht? Einzelne SVP-Parlamentarier träumten ja gar von einem Wähleranteil von 40 oder 50 Prozent.

Solche Zahlen sind und bleiben Träumereien. In der Schweiz - dem Vielparteienstaat - sind solche Wähleranteile nicht möglich. Gut ist aber: Jene SVP-Sektionen, die stramm auf der Linie geblieben sind, haben weniger verloren oder gar gewonnen.

Ein weiterer taktischer Fehler war der geplante Sturm aufs Stöckli: Sie, Parteipräsident Toni Brunner und der damalige Fraktionschef Caspar Baader scheiterten mit ihren Ständeratskandidaturen.

Wir haben keinen Sturm aufs Stöckli angekündigt. Aber es galt in absolut aussichtsloser Lage anzutreten. Es mussten starke Persönlichkeiten sein, um in die Dunkelkammer des Ständerats hineinzuleuchten. Das ist mindestens teilweise gelungen. Unerwartet erfreulich war, dass in St. Gallen Eugen David das Hand-tuch werfen musste. Toni Brunner wäre bei der Unterstützung der Freisinnigen aber gewählt worden, und Peter Föhn holte im Kann-ton Schwyz sogar einen zweiten SVP-Ständeratssitz. All das hat etwas durchgeschüttelt.

Es entstand schon der Eindruck, dass das vor allem die SVP durchgeschüttelt hat.

Auch bei der SVP wollen die Leute lieber Gewinner sehen. Durch eine vorherzusehende Niederlage eine Verbesserung für das Land zu erreichen, ist nicht jedermanns Sache. Mindestens bewirkte es, dass beim Umbau des Ständeratssaales die technische Installation für ein transparentes Stimmverhalten eingerichtet wurde. Doch die zuständige Kommission will nach den Wahlen die Drähte nicht einziehen lassen(!) Wir werden sehen.

Eine Reihe taktischer Fehler, schlechte Wahlergebnisse – die Forderung nach einer Ablösung vom Übervater Blocher wird parteiintern lauter.

Vor allem bei den Journalisten. Aber nach 20 Jahren ununterbrochenen Erfolgen ist es gut, wenn die Diskussionen lebhafter werden.

...aber dass die Leute in der Parteibasis die Nase von Ihnen voll haben, können Sie sich nicht vorstellen?

Dann sollen sie es sagen. Dieser Punkt kommt irgendwann bei jedem Politiker. Ich nenne das den Blair-Effekt: Bei allen Politikern, die lange im Amt sind, kommt der Moment, an dem die Partei plötzlich genug von ihnen hat. Von Blair über Kohl, Helmut Schmidt, bis Churchill und Bismarck – sie alle haben nicht politisch versagt, man war ihrer einfach überdrüssig. Das macht auch nichts, wenn genügend arbeitswillige und nach Verantwortung lechzende Parteileute zur Verfügung stehen. Aber nur die Lust nach einem "Pöstchen" darf nicht das Motiv sein.

Warum wollen Sie nach 20 erfolgreichen Jahren auf diesen frustrierenden Moment warten?

Ich habe ein anderes Amtsverständnis. Es gilt nicht, die Annehmlichkeiten zu suchen. Wir brauchen alle für die schwierigen kommenden Jahre Alt und Jung. Wer sorgt denn noch dafür, dass es diesem Land gut geht? Wer kämpft dann noch dafür, dass die leidige Ausländer- und Asylpolitik in geordnete Bahnen kommt? Wer gibt Widerstand, dass die Schweiz nicht auf Schritt und Tritt dem Ausland nachgibt? Wer sorgt sich noch für genügend und bezahlbare Energie in der Zukunft? Wer wehrt sich gegen den schleichenden EU-Beitritt? Gegen den Agrarfreihandel? Gegen fremde Richter? Wer, wenn nicht die SVP? Und da soll ich "abseckeln." Es wäre ein Bückling vor dem politischen Gegner, der die Schweiz schwächen will.

Was müsste denn eintreten, dass Sie sich von sich aus der Partei zurückziehen?

Ein Grund wäre sicher, wenn ich keine Kraft mehr hätte – körperlich oder geistig. Ein anderer Grund wäre etwa, dass die SVP plötzlich den Kurs wechselt. Dass sie anpasserisch wird und z. Bsp. schleichend in die EU will. Dann würde ich gehen...

...aus der Partei, aber nicht aus der Politik, oder?

Natürlich nicht. Dann würde ich sogar eine neue Partei gründen. Ich bin ja nicht in der Politik, um der SVP zu dienen, sondern um dem Land zu dienen. Dafür braucht es eine starke SVP, darum setze ich mich für die SVP ein.

Sagen die internen Diskussionen um Ihre Person nicht viel aus über den Zustand der SVP, die Zerrissenheit zwischen Regierungs- und Oppositionspartei?

Selbstverständlich macht der vorbehaltlose Kampf für die Schweiz einzelnen Mühe. Die Arbeit in einer Regierungspartei, die auch bei einem verfehlten Regierungskurs im Interesse der Schweiz Widerstand leisten muss, ist immer anspruchsvoll. Doch bei der momentanen Links-Mehrheit, die die volle Unterstützung der meisten Journalisten genießt, braucht es dies dringend. Einfach blindlings allem hinterherzulaufen wäre ein Verrat an unseren Wählern! Richtig politisieren ist eben auch für die sogenannten „Würdenträger“ mühsam.

Die Basis trägt die Betonung des Oppositionskurses offenbar aber je länger, je weniger mit.

Wer in der Basis? Nennen sie die Leute! Wir fahren auch nicht einen Oppositionskurs. Die Wähler jedenfalls tragen unseren Kurs mit, sonst hätte die SVP nicht 26 Prozent Stimmenanteil! In den letzten erfolgsgewöhnten Jahren war das Politisieren für alle in der Partei etwas leichter. Viele sonnten sich im Erfolg. Man unterstützte jeden Kurs der erfolgverwöhnten Partei, auch bei Kritik von aussen. Aber nur für etwas zu sein, weil es bei den Wahlen Erfolg hat, ist bedenklich. So kamen die grossen Schreckensherrschaften zustande. Man muss das Richtige tun. Beliebte sein, kann man da nicht immer!

Aber wer entscheidet, was richtig ist?

Das muss jeder für sich selbst entscheiden, und zwar vor den Wahlen bekannt geben und nach den Wahlen durchsetzen. Politik ist eben nicht nur die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner. Sondern man hat stets auch in der eigenen Partei für den richtigen Kurs zu sorgen. Dass man da und dort aneckt, ist verständlich.

Kritik einstecken muss die SVP auch wegen der Spenden für den Wahlkampf 2007: Es wurde publik, dass teils sechsstellige Beträge in bar verschoben wurden.

Was heisst hier «verschoben»? Bargeld ist ein legales Zahlungsmittel – und die einzige Möglichkeit, eine Spende wirklich vertraulich an eine Partei zu geben. Ich verstehe, wenn jemand das so machen will. Das ist doch nichts Schlimmes.

Diese Heimlichtuerei wirft zumindest ein schiefes Licht auf die Partei.

Wie alle Parteien gibt auch sie SVP die Namen der Spender nicht bekannt, denn die Veröffentlichung führt zu weniger Spenden.

Die Gefahr besteht bei Ihnen ja nicht:

Wie viel Geld zahlen Sie denn an die Partei?

Wir geben weder Spender noch Beträge bekannt, auch nicht des Spenders Blocher. Übrigens: Das Parlament hat die Offenlegung der Spenden abgelehnt.

Sie sind seit 20 Jahren als Politiker oder Unternehmer mit Volldampf unterwegs. Wie schalten Sie ab, um aufzutanken?

Früher ging ich jeden Morgen um 5.30 Uhr joggen, heute mache ich das gleiche, aber etwas behutsamer. Meine Passion ist die Kunst. Sie macht mir viel Freude, ich höre oft und mit viel Freude klassische Musik, lese viel – mit Vorliebe derzeit gerade Dürren-matt. Ich wandere, kann aber auch Abschalten, wenn ich Zeit mit meiner Familie verbringe und ich meinen Enkelkindern Geschichten vorlese.

Die Familie – hatten Sie dafür überhaupt Zeit?

Ich bin sicher weder ein perfekter Ehemann noch ein perfekter Vater. Aber ich habe mir die Zeit genommen, wenn es nötig war. Das war bei unseren Kindern so und nun auch bei unseren acht Enkelkindern. Zudem hatte ich – egal was los war - immer den Grundsatz, dass der Sonntag arbeitsfrei ist und der Familie gehört. Und wenn es nicht anders ging, habe ich das Nützliche mit dem Angenehmen verbunden: So kam z.Bsp. die ganze Familie mit auf Geschäftsreise – etwa nach China am Anfang meiner Unternehmerkarriere.

Worauf haben Sie bei der Erziehung geachtet?

Das Wesentlichste ist die Selbständigkeit: d.h. den Kindern die Fähigkeit und das Vertrauen zu geben, sie zu lernen Schwierigkeiten zu meistern. Das ist gut. Als Unternehmer machen sie es heute jedenfalls gut - sogar besser als ich.

Was haben Sie ihnen zum Umgang mit der Wahrheit mit auf den Weg gegeben?

"Du sollst kein falsches Zeugnis reden, wider Deinen Nächsten..."! (lacht.)

...vorgelebt haben Sie ihnen das aber nicht. Sie haben in ihrer Karriere wiederholt gelogen, etwa bei den Besitzverhältnissen bei der Basler Zeitung.

Gelogen habe ich auch dort nicht. Was ich sagte, stimmte, aber ich habe nicht alles gesagt. Wer sagt, er müsse dies nicht oft tun, ist ein Heuchler, ein Lügner oder ein Moralist. Entscheidend ist immer das Motiv. Der Zweck heiligt die Mittel – aber nicht jeder Zweck heiligt jedes Mittel. Bei der Basler Zeitung war es nötig, die Besitzverhältnisse anfänglich nicht voll offen zu legen, um das hohe Ziel nicht zu gefährden. Der Zweck war eine der letzten Tageszeitung ausserhalb der Medienmonopole zu erhalten. Heute ist diese Offenlegung möglich geworden und ist darum erfolgt.